

Agrarpolitik für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft

- **Beschluß des Bundesvorstandes
der CDU Deutschlands
am 16. Mai 1994 in Bonn**

Inhalt

	Seite
I. Zur Lage	3
● Deutsche Land- und Ernährungswirtschaft — Ein wichtiger Wirtschaftszweig	3
● Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen im Umbruch	4
II. Ziele der CDU-Agrarpolitik: Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Partnerschaft	5
III. Agrarpolitische Handlungsfelder	
● Märkte entlasten	6
● Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	7
● Leistungsgerechte Honorierung für Landschaftspflege und Umweltschutz	8
● Soziale Absicherung landwirtschaftlicher Unternehmer und ihrer Familien sichern	8
● Vermarktung und Ernährungswirtschaft	9
● Priorität für Qualitätserzeugung und Verbraucherschutz	9
● Neue Produktionslinien aufgreifen	10
● Dem deutschen Gartenbau die Zukunft sichern	10
● Qualitätspolitik bei Wein fortsetzen	11
● Den deutschen Wald schützen	11
● Stärkung des ländlichen Raumes	11

I. Zur Lage

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands tritt unverändert für eine leistungsstarke deutsche Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition ein. Sie ist für eine verlässliche und konkurrenzfähige Nahrungsmittelerzeugung, für die Stabilität der ländlichen Räume und die Erhaltung unserer Kulturlandschaft sowie ihrer ökologischen Funktionen unerlässlich.

Mit Respekt erkennt die CDU die Leistungen an, die von den landwirtschaftlichen Unternehmern, den mithelfenden Familienangehörigen und den Arbeitnehmern in den Betrieben unter oft schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen erbracht werden.

Die CDU will bei fortschreitendem Strukturwandel eine flächendeckende Landbewirtschaftung im Voll-, Zu- und Nebenerwerb, die im europäischen Binnenmarkt wettbewerbsfähig ist. In unserer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft brauchen wir eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft auf der Basis eines breitgestreuten und gesicherten Eigentums.

2. Die CDU hat in ihrer Politik für die neuen Bundesländer auf den Grundsätzen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft aufgebaut. Der vom Sozialismus mit viel Leid erzwungene Verzicht auf privates Eigentum hatte in der ehemaligen DDR den wirtschaftlichen Niedergang und den Verlust an persönlicher Freiheit mitbewirkt.

Das sozialistische Erbe ist auch in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft eine schwere Belastung für den demokratischen und marktwirtschaftlichen Neuanfang.

Gegenwärtig ist daher die Situation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern noch gekennzeichnet von Vermögensauseinandersetzungen, schwierigen Eigentumsfragen, hohem Investitionsbedarf, geringem Eigenkapital sowie der Bewältigung von finanziellen, ökologischen und politischen Altlasten. Ungeachtet dieser Übergangsschwierigkeiten entstehen in der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern im europäischen Vergleich leistungsfähige Unternehmen. Diese Entwicklung unterstützen wir mit Nachdruck.

Deutsche Land- und Ernährungswirtschaft – ein wichtiger Wirtschaftszweig

3. Mit der Landwirtschaft sind mehr Menschen wirtschaftlich eng verbunden, als gemeinhin angenommen wird. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie Fischerei sind auch im wiedervereinigten Deutschland unverzichtbar. In Deutschland steht jeder siebte Arbeitsplatz in Verbindung mit der Nahrungsmittelerzeugung. Deutschland besitzt eine Spitzenposition beim Export hochwertiger Nahrungsmittel und ist gleichzeitig als weltweit größter Agrarimporteur voll in den Welthandel eingebunden.

Über Produktion und Vermarktung von hochwertigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen hinaus ist die Landwirtschaft ein verlässlicher Handelspartner von Industrie, Handwerk und Gewerbe. Für die CDU hat die Landwirtschaft damit nach wie vor eine herausragende wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung.

Die tatsächlichen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft gehen weit über das hinaus, was in Statistiken mit Arbeitsplätzen, Umsätzen und Wertschöpfung erfaßt wird. Land- und Forstwirtschaft erbringen unter häufig schwierigen Standortbedingungen vielfältige Leistungen der Landschaftspflege und des Umweltschutzes. Etwa 70 Prozent der Fläche Deutschlands werden von Land- und Forstwirten bewirtschaftet. Sie erhalten damit die über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft und prägen das Landschaftsbild.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen im Umbruch

4. Wir Christlichen Demokraten stehen vor der Herausforderung, im vereinten Deutschland auch in Zukunft Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft zu gestalten.

Die frühere Agrarpolitik der Europäischen Union konnte den Zielen der Marktstabilisierung und Einkommenssicherung in den letzten Jahren immer weniger nachkommen. Die anhaltende Überschußproduktion bei allen wichtigen Agrarprodukten mit wachsenden Lagerbeständen, steigenden Marktordnungskosten und einem zunehmenden Druck auf die landwirtschaftlichen Einkommen waren nicht weiter tragbar. Die hohe Exportsubventionierung stieß in zunehmendem Maße auf massive Kritik der Welthandelspartner.

5. Die Reform der Agrarpolitik der Europäischen Union bietet eine gute Basis, wichtige Märkte nachhaltig zu entlasten und die Einkommen der Landwirte zu stabilisieren. Die mit der Reform eingeleitete Mengenrückführung gegen Ausgleichszahlungen gibt unseren Welthandelspartnern ein deutliches Zeichen, daß die Europäische Union die für die Landwirtschaft wenig einkommenswirksame Exportsubventionierung einschränkt. Diese Reformbemühungen der europäischen Landwirtschaft werden von den Welthandelspartnern im GATT-Vertrag voll akzeptiert. Die zentralen Elemente der Reform, „Preisausgleichszahlungen“, „Stillegungsprämien“, ein „ausreichender Außenschutz“ und eine „Gemeinschaftspräferenz“ sind in dem Welthandelsabkommen verankert. Damit steht der Rahmen für die Agrarpolitik und den internationalen Agrarhandel bis zum Ende des Jahrhunderts fest, und die deutschen Bauern haben Planungssicherheit für ihre Betriebsführung.

Angesichts der begrenzten Absatzmengen an Nahrungsmitteln in Europa wird ein Teil der Flächen nicht mehr für diese Produktion benötigt. Diese Flächen stehen unter anderem zur Produktion nachwachsender Rohstoffe sowie für Natur- und Umweltschutzzwecke zur Verfügung.

Die marktpolitischen und strukturellen Anpassungen in der Landwirtschaft vollziehen sich in einer Zeit, in der sich die Europäische Union erneut erweitert. Gleichzeitig suchen die ehemals kommunistischen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas die Annäherung an die EU. Zur Bewältigung ihrer tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind sie auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen. Diese Zusammenarbeit wollen wir fördern. Für die CDU ist klar, daß der Preis nicht von der Landwirtschaft gezahlt werden kann. Ihr dürfen daraus keine neuerlichen Belastungen mehr entstehen.

6. Während die westlichen Industrieländer ein hohes Wohlstandsniveau erreicht haben, ist die Situation in den meisten Ländern der Dritten Welt durch wirtschaftliches Elend und soziale Not gekennzeichnet. Hungersnöte, Armutsflüchtlinge und weltweite Umweltzerstörungen sind Probleme, die wir als Christliche Demokraten nicht tatenlos hinnehmen wollen. Die drängenden ökologischen und ökonomischen Probleme der Welt können nur in einer globalen Partnerschaft gelöst werden. Voraussetzung dafür ist eine weiterhin dynamische Entwicklung von Welthandel und Weltwirtschaft.

II. Ziele der CDU-Agrarpolitik: Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Partnerschaft

7. Zentrales Anliegen der CDU-Agrarpolitik ist eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Unser Leitbild ist der unternehmerisch handelnde Landwirt, der eigenverantwortlich im Familienbetrieb oder in anderen Betriebs- und Rechtsformen tätig und an der bäuerlichen Wirtschaftsweise ausgerichtet ist. Weiterhin tritt die CDU für die Stärkung der wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Funktionen des ländlichen Raumes ein.

Unsere engagierten Landwirte sollen durch klare agrarpolitische Rahmenbedingungen ihre Zukunftschancen in der Landwirtschaft nutzen können.

8. Die Landwirte müssen in der Lage sein, für ihre Familien und ihre Beschäftigten ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften, um damit an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu können. Die CDU tritt deshalb dafür ein:

- den Abbau der Überschüsse durch eine wirkungsvolle Marktentlastung, z. B. durch Flächenstilllegung und Vertragsnaturschutz herbeizuführen,
- Produktionsalternativen z. B. im Bereich nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln,
- die landwirtschaftlichen Betriebe durch eine effiziente Gestaltung der staatlichen Hilfen zu stärken und ihnen unternehmerische Freiräume zu sichern,

- die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern mit gezielten Hilfen weiter voranzutreiben,
- die von der Land- und Forstwirtschaft für die Allgemeinheit erbrachten besonderen ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen zu honorieren,
- die soziale Absicherung der landwirtschaftlichen Familien durch ein stabiles Agrarsozialsystem zu garantieren,
- die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft durch eine konkurrenzfähige Produktvermarktung auf den europäischen und außereuropäischen Märkten zu verbessern,
- die Weiterentwicklung und Stabilisierung der ländlichen Räume durch eine umfassende Strukturpolitik zu fördern,
- die Menschen in den neuen Bundesländern bei der Entwicklung ihrer Dörfer und ländlichen Gebiete aufgrund des hohen Nachholbedarfs besonders zu unterstützen.

III. Agrarpolitische Handlungsfelder

Märkte entlasten

9. Angebot und Nachfrage auf den europäischen Agrarmärkten müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Dabei müssen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gleichgewichtig zur Mengentrückführung beitragen.

Die notwendige Marktentlastung und Einkommensstabilisierung muß über Quotenregelungen, wie sie bei Milch und Zucker bestehen, sowie Flächenstilllegungen und Extensivierung gegen dauerhaft gesicherte Ausgleichszahlungen wirksam erreicht werden. Auch bei Rindfleisch müssen die Marktkräfte wieder stärker zum Ausdruck kommen. Dies soll über eine Produktionsrückführung gegen Ausgleich, noch stärkere Flächenbindung und eine an den Verbraucherwünschen orientierte Qualitätsproduktion unterstützt werden.

Darüber hinaus setzt sich die CDU dafür ein, neue Märkte im Nichtnahrungsmittelbereich zu erschließen. Für die stärkere Verwendung nachwachsender Rohstoffe müssen Forschung und Weiterentwicklung vorangetrieben werden.

Bei der verwaltungsmäßigen Umsetzung der EU-Agrarreform muß das notwendige Antrags- und Kontrollverfahren verbessert und seine einheitliche Durchführung in der Europäischen Union gewährleistet werden. Die CDU fordert eine Vereinfachung und Zusammenführung mit anderen Maßnahmen.

Mit dem GATT-Abschluß ist sichergestellt, daß die EU-Mengenbeschränkungen nicht durch erhöhte Importe anderer Handelspartner in die EU unterlaufen werden. Der von der CDU stets geforderte wirksame Außenschutz ist jetzt festgeschrieben. Damit

besteht langfristig auch wieder ein Spielraum für höhere landwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

10. Leistung muß sich auch in der Landwirtschaft lohnen. Die Landwirte müssen — unter Beachtung einer ökologisch verantwortbaren Produktion — die Möglichkeit erhalten, wirtschaftliche Freiräume und den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik zu nutzen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Betriebe zu stärken, fordert die CDU, daß wettbewerbsverzerrende Maßnahmen in der Europäischen Union abgebaut werden. Gleiche Produktionsbedingungen, etwa bei baulichen Anlagen, beim Pflanzenschutz, bei Düngung und Futterzusatzstoffen müssen ebenso durchgesetzt werden wie die Bindung der tierischen Produktion an die Fläche. Darüber hinaus fordert die CDU Bund, Länder und Kommunen auf, alle Regelungen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen, sie zu vereinfachen und soweit wie möglich zu vereinheitlichen. Überflüssige und einseitig belastende Vorgaben und Auflagen sind zu beseitigen.

11. Die CDU spricht sich für einen einheitlichen Förderrahmen in den alten und neuen Bundesländern aus. Übergangsweise sind spezifische Regelungen zur Integration der Land- und Ernährungswirtschaft der neuen Bundesländer jedoch unverzichtbar.

Die CDU wird mit Nachdruck für die Förderung von Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen und zur Anpassung der Produktionsweisen an die wachsenden Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes eintreten. Bisherige Förderobergrenzen sind national und EU-weit zu überprüfen und der weiteren strukturellen Entwicklung anzupassen.

In den neuen Bundesländern will die CDU die Privatisierung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen und Vermögenswerte. Von den Treuhandflächen wurde über langfristige Pachtverträge der Verwertungsdruck genommen. Damit ist auch ein geeigneter Ausgangspunkt für die langfristig gewünschte breite Eigentumsbildung über Landerwerb und Siedlungskauf geschaffen.

Die CDU will, daß die staatliche Agrarförderung tatsächlich beim Landwirt ankommt. Die Fördermittel müssen deshalb effizienter eingesetzt werden. Dazu sollen sie gebündelt und vereinfacht werden. Wir streben daher unter anderem die Einführung eines allgemeinen Agrarkredits an. Darüber hinaus muß die Steuerpolitik den notwendigen Strukturwandel weiterhin flankieren.

12. Im gemeinsamen Markt müssen einheitliche Regelungen Wettbewerbsverzerren vermeiden. Gleichwohl muß die EU-Strukturpolitik den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Der Vertrag von Maastricht bietet eine gute Grundlage für flexible, den Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen entsprechende Regelungen. Die CDU setzt sich mit allem Nachdruck für eine Umsetzung des Maastricht-Vertrages in diesem Sinne ein.

13. Die CDU setzt sich dafür ein, daß den deutschen Bauern keine währungsbedingten Nachteile entstehen. Mit der Erhöhung der Freimarge ist ein wichtiger Schritt in Richtung Stabilität der Grünen Kurse getan. Sollten dennoch Kursanpassungen nötig sein, spricht sich die CDU für eine switch-over-Regelung aus. Erst die gemeinsame europäische Währung wird die deutsche Landwirtschaft gänzlich vor aufwertungsbedingten Nachteilen schützen. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, daß die Europäische Währungsunion in Kraft treten kann.

Leistungsgerechte Honorierung für Landschaftspflege und Umweltschutz

14. Erfolgreiche Landschaftspflege und zukunftsorientierter Umweltschutz können nur mit der Land- und Forstwirtschaft und nicht gegen sie erreicht werden. Nur eine funktionsfähige Landwirtschaft kann sicherstellen, daß die landschaftspflegerischen Aufgaben kostengünstig erbracht werden. Die CDU tritt dafür ein, die besonderen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft bei der Pflege unserer Kulturlandschaft und Erhaltung der Naturgüter Boden, Wasser und Luft angemessen zu bewerten. Darüber hinaus wollen wir die Landwirte darin unterstützen, verstärkt Dienstleistungsaufgaben im kommunalen Bereich sowie im Natur- und Umweltschutz und bei der Pflege der Kulturlandschaft zu übernehmen.

Auch in Zukunft ist für die CDU eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis unverzichtbar. Entstehen den Landwirten als Folge von besonderen hoheitlichen Umweltschutz- und Naturschutzaufgaben Ertragsausfälle, muß dafür ein Rechtsanspruch auf einen Ausgleich bestehen.

Die Honorierung der besonderen ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen muß nicht ausschließlich aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Die CDU fordert, diejenigen an der Finanzierung stärker zu beteiligen, denen Naturschutz und Landschaftspflege durch die Landwirte zugute kommen.

Die Landwirtschaft kann dazu beitragen, daß der Weg von einer Abfallbeseitigung zu einer Kreislaufwirtschaft bei organischen Rückständen mit Erfolg beschritten wird. Die mit diesem Dienst für die Allgemeinheit verbundenen Restrisiken dürfen aber der Landwirtschaft nicht allein aufgebürdet werden.

Soziale Absicherung landwirtschaftlicher Unternehmer und ihrer Familien sichern

15. Die CDU bekennt sich nachdrücklich zu ihrer Verantwortung für die soziale Sicherheit der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Da in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung die beitragszahlenden Betriebe mit den Folgekosten des Strukturwandels nicht alleine fertig werden können, brauchen sie staatliche Unterstützung. Die Agrarsozialpolitik hat die CDU so umgebaut, daß die Belastungen für die immer

weniger werdenden Beitragszahler finanziell tragbar bleiben bei gleichzeitig sozial angemessenen Leistungen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die soziale Absicherung der landwirtschaftlichen Familien nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit durchgesetzt. Dabei wird das agrarsoziale Sicherungssystem durch eine Resthaftung des Bundes dauerhaft stabilisiert.

Die soziale Sicherheit der Bäuerinnen wird verbessert. Ihre Alterssicherung wird zu einer eigenständigen Säule in der Agrarsozialpolitik ausgebaut.

Für die CDU bleibt dieser Weg einer sozialen Sicherung des Strukturwandels auch zukünftig unverzichtbar. Dazu bedarf es auch weiterhin einer attraktiven Vorruhestandsregelung.

Vermarktung und Ernährungswirtschaft

16. Verarbeitung und Vermarktung werden für den wirtschaftlichen Erfolg der Erzeuger immer entscheidender. Hochentwickelte Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sind für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft daher unerlässlich. Die CDU tritt für ein modernes, kostengünstiges und auf hohem Qualitätsstandard arbeitendes Be- und Verarbeitungsgewerbe sowie für eine wettbewerbsstarke Ernährungswirtschaft ein. Die umfassende Stärkung einer konkurrenzfähigen Produktvermarktung auf den europäischen und außereuropäischen Märkten ist notwendig.

Ernährungsindustrie und Vermarktungseinrichtungen müssen in der Lage sein, sich den Marktentwicklungen flexibel anzupassen und insbesondere mit kontrollierten Qualitätsprodukten die Märkte zu sichern. Vertragliche Bindungen zwischen Erzeugern, Vermarktern und Verarbeitern können dies nachhaltig unterstützen und sind deshalb zu fördern.

Die CDU setzt sich für die Einführung von Warenterminbörsen ein. Sie sind ein geeignetes Mittel der Preisabsicherung und stärken das unternehmerische Engagement. Es müssen daher schnellstens alle Voraussetzungen für funktionsfähige Warenterminbörsen geschaffen werden.

Regionale Märkte und die Nachfrage nach Spezialitäten gewinnen zunehmend an Bedeutung. Mit Direktvermarktung, Bauernmärkten und persönlicher Bindung zum Kunden können sich Landwirte Vermarktungsanteile und -gewinne sichern. Die CDU wird diese Entwicklung verstärkt unterstützen.

Priorität für Qualitätserzeugung und Verbraucherschutz

17. Nur durch Produktvielfalt und hochwertige Qualität können die Landwirte auf Dauer angemessene Preise erzielen. Das Vertrauen der Verbraucher in unsere

Nahrungsmittel muß gestärkt werden. Die CDU verlangt, daß alle hochwertigen Nahrungsmittel unverwechselbar gekennzeichnet werden.

Im europäischen Binnenmarkt kommt dem Verbraucherschutz eine besondere Bedeutung zu. Der europäische Lebensmittelmarkt muß im Interesse der Verbraucher eine Versorgung auf hohem Qualitätsniveau gewährleisten. Die CDU fordert, daß alle EU-Mitgliedstaaten und Drittlands-Importeure entsprechend hohe Qualitätsstandards einhalten.

Einheitliche Tierschutzbedingungen in der Europäischen Union auch in der Landwirtschaft sind Ziel unserer Politik. Schlachtviehtransporte dürfen nur auf der Grundlage strikter zeitlicher Begrenzungen der Transportdauer, sachgerechter Ausrüstung der Transportmittel, Sachkundenachweis der durchführenden Personen und Beachtung tiergerechter Transportstandards durchgeführt werden.

Neue Produktionslinien aufgreifen

18. Die CDU tritt dafür ein, daß die Rahmenbedingungen für Anbau und Verwendung nachwachsender Rohstoffe verbessert werden. Verstärkte Forschungsaktivitäten sind auf anwendungsorientierte Schwerpunkte zu konzentrieren. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe auf stillgelegten Flächen soll weiter ausgedehnt werden. Zur Forcierung der Markteinführung nachwachsender Rohstoffe müssen ihre ökologischen Vorteile genutzt werden. Die CDU fordert dazu steuerliche Anreize und ein entsprechendes Nachfrageverhalten der öffentlichen Hand.

Durch die Gründung einer „Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe“ werden in Deutschland alle Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf diesem Gebiet bundesweit koordiniert. Zugleich ist sie Kontakt- und Informationsstelle für Erzeuger, Verarbeiter und Abnehmer. Die CDU fordert diese übergreifende Bündelung der Anstrengungen im Bereich nachwachsende Rohstoffe auch auf Ebene der Europäischen Union.

Dem deutschen Gartenbau die Zukunft sichern

19. Die Märkte für Obst, Gemüse und Zierpflanzen gewinnen an Bedeutung. Ihre Zukunft zu sichern, bedarf deshalb besonderer Anstrengungen.

Die CDU legt daher großes Gewicht auf eine konsequente Harmonisierung der Wettbewerbsregeln in der Europäischen Union.

Es gilt z.B. eine EU-weite Qualitätspolitik bei Obst und Gemüse durchzusetzen und EU-einheitliche Umweltvorschriften bei Pflanzenschutz und Düngung zu erreichen. Die Vermarktung über Erzeugergroßmärkte muß weiter verbessert werden.

Die heimischen Obstzeuger müssen vor überzogenen Importmengen wirkungsvoll geschützt werden.

Qualitätspolitik bei Wein fortsetzen

20. Weinbau- und Weinmarktpolitik bleiben sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus landeskulturellen und ökologischen Gründen ein Schwerpunkt unserer Politik.

Das heißt für die CDU die Fortsetzung einer konsequenten qualitätsorientierten Vermarktung mit strikter Einhaltung und Fortentwicklung von Mengenregelungen. Auch das Bezeichnungsrecht muß unter den Gesichtspunkten der Vermarktung weiterentwickelt werden. Überbürokratisierung und -reglementierung sollen im Weinrecht abgebaut werden. Die Marktstellung der Erzeuger muß gestärkt werden. Zur Absatzförderung im In- und Ausland muß verstärkte Imagepflege betrieben werden.

Den deutschen Wald schützen

21. Die Erhaltung eines gesunden Waldbestandes dient dem Wohle des ganzen Volkes. Er hat eine wichtige wirtschaftliche und umweltpolitische Bedeutung. Der Wald ist darüber hinaus Einkommensquelle für viele Bauern. Ziel der CDU-Forstpolitik ist die Stärkung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion der Wälder. Die CDU befürwortet deshalb:

- Ausgleichsleistungen für besondere Anforderungen des Naturschutzes bei der Bewirtschaftung des Waldes,
- wirkungsvolle Maßnahmen für eine saubere Luft,
- die gezielte Förderung des naturnahen Waldumbaus und des Aufbaus von Mischwäldern,
- die Verbesserung der finanziellen Anreize für eine standortgerechte Erstaufforstung,
- die zusätzliche Förderung des Bauernwaldes,
- die stärkere Nutzung des Rohstoffes Holz als ureigenster nachwachsender Rohstoff, z.B. durch Investitionsanreize,
- die Stärkung der Vermarktung von Schwachholz.

Stärkung des ländlichen Raumes

22. Die ländlichen Räume haben ihren eigenen Wert. Ihre Landschaft, ihre Dörfer, Klein- und Mittelstädte, ihre besonderen, gewachsenen Formen des Zusammenlebens und der Kultur sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Es ist deshalb Ziel der Politik der CDU, daß die ländlichen Räume auch in Zukunft lebensfähig und lebenswert bleiben.

Die Landwirtschaft ist und bleibt prägend im ländlichen Raum. Sie gestaltet die Kulturlandschaft und erhält ihre ökologischen Funktionen, sie gibt dem Land seine kulturelle Identität und sie ist Partner des örtlichen Handwerks, Handels und

Gewerbes. Eine leistungsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ist ein wesentlicher Faktor für die Stabilität der ländlichen Räume.

Die CDU spricht sich daher für eine integrierte Strukturpolitik für den ländlichen Raum aus, die alle Politikbereiche umfaßt. Priorität muß dabei die Förderung von Handwerk und Mittelstand und die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze haben.

Die Fortentwicklung und Stärkung der ländlichen Räume ist auch eine unabdingbare Voraussetzung für den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Das Ausscheiden aus der Landwirtschaft oder der Übergang in den Nebenerwerb ist von der Bereitstellung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze abhängig. Zudem ergeben sich durch eine attraktive Regionalentwicklung auch für landwirtschaftliche Betriebe vielfältige Möglichkeiten der Einkommenskombination.

Gerade für junge qualifizierte Kräfte müssen Perspektiven geschaffen werden. Bedeutsam ist hierfür die Bereitstellung eines attraktiven Bildungs- und Ausbildungsangebotes. Durch die Ansiedlung von Fach- und Fachhochschulen soll der ländliche Raum besonders gestärkt werden.

Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikation. Die CDU spricht sich deshalb für eine Schaffung einer flächendeckenden Kommunikationsinfrastruktur und die Errichtung von Technologiezentren aus.

Wir wollen die verkehrsmäßige Erschließung des ländlichen Raumes vorantreiben. Diese ist Voraussetzung für seine Wirtschafts- und Wohnattraktivität. Vor allem in den neuen Bundesländern müssen noch bestehende Defizite abgebaut werden.

Die CDU spricht sich dafür aus, daß die Dorferneuerung weiterhin gezielt zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum fortgesetzt wird. Dazu gehört auch der Erhalt der landwirtschaftlichen Bausubstanz für Wohn- und Gewerbe Zwecke.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß Initiativen zum Ausbau einer attraktiven sozialen Infrastruktur mit spezifischen Angeboten für Familien, Frauen, Jugendliche und Senioren gefördert werden.

23. Deutschland und Europa brauchen ihre Landwirtschaft. Wir brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern. Dafür arbeiten wir.